331.41

Verordnung über den Bussenvollzug (Änderung)

(vom 8. Dezember 2004)

Der Regierungsrat beschliesst:

I. Die Verordnung über den Bussenvollzug vom 22. Dezember 1999 wird wie folgt geändert:

Bussen der Staatsanwaltschaften § 3. Die von den Staatsanwaltschaften ausgesprochenen Bussen werden von der Kasse des zuständigen Bezirksgerichts oder der für den Bezug der von diesem ausgefällten Bussen zuständigen Stelle bezogen.

Zuständigkeit

§ 7. Das Amt für Justizvollzug vollzieht die Strafen infolge der Umwandlung von Bussen durch die Gerichte und die Staatsanwaltschaften.

Abs. 2 unverändert.

- II. Diese Änderung tritt auf den 1. Januar 2005 in Kraft.
- III. Veröffentlichung in der Gesetzessammlung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Der Staatsschreiber:

Jeker Husi